

Stadt Fürth – Direktorium
Herrn Oberbürgermeister Dr. Thomas Jung
per mail

06.08.2019

Antrag
Klimaneutrales Bauen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

der globale Klimawandel beschränkt sich nicht auf die Stadt Fürth und wird auch nicht vor Ort allein bekämpft werden können. Gerade in den Schwellenländern Afrikas und Südamerikas führen die Eingriffe in die Natur heute noch zu großen Umweltschäden, während wir in Fürth bereits ein sehr hohes Niveau im Bereich des Umwelt- und Klimaschutzes erreicht haben. Dennoch führen bei uns die notwendigen Baumaßnahmen für Wohnen, Straßen und Gewerbe zu Eingriffen in die Natur. Diese gilt es auszugleichen.

Mit dem gleichen finanziellen Aufwand kann dabei in Schwellenländern eine weitgehendere Verbesserung erreicht werden als durch Ausgleichsmaßnahmen in Fürth. Daher sollten Teile der Ausgleichsmaßnahmen in Umweltprojekte investiert werden.

Daher beantrage ich:

Die Stadt Fürth richtet einen Klimaschutzfonds ein, mit dem Aufforstungsprojekte in Südamerika und Afrika finanziert werden.

Der Klimaschutzfonds wird finanziert, indem die Stadt Fürth für neue Baumaßnahmen im Stadtgebiet wie folgt einzahlt:

- je m² Verkehrsfläche oder Geschossfläche öffentliche Flächen (Schulen etc.): 1,- €
- je m² Geschossfläche Wohnfläche: 2,- €
- je m² Geschossfläche Gewerbefläche: 3,- €

Die Zahlungen werden finanziert aus den Erlösen von Grundstücksverkäufen, Vereinbarungen mit Investoren oder, falls diese nicht ausreichen, aus dem Haushalt.

**Die sonstigen gesetzlichen Ausgleichsverpflichten werden hierdurch nicht be-
rührt.**

Mit diesen Zahlungen und der Verwendung für Aufforstungsprogramme kann der Umwelt-
eingriff durch notwendige Baumaßnahmen zumindest teilweise kompensiert werden. Zudem
kommen die Mitteln der Bevölkerung in Schwellenländern zugute, die bereits heute regel-
mäßig viel stärker unter den Folgen des Klimawandels zu leiden haben als wir.

Zudem sollte sich die Stadt Fürth (beispielsweise über den Städtetag) dafür starkmachen,
dass auf Bundesebene der Beschluss gefasst wird, dass Deutschland den Gebäude- und
Verkehrssektor in den EU-Emissionshandel aufnimmt. Hierdurch kann auch im Bausektor
eine bessere preisliche Lenkungswirkung erzielt werden, weil dann bereits in der Planung
die CO2-Bepreisung miteinfließt.

Mit freundlichen Grüßen



Stephan Eichmann
FDP Fürth